

## «Ja zu einem besseren Wohnschutz für Mieterinnen und Mieter» (Mietwohnschutzinitiative)

### Stichworte:

#### > Zweck des neuen Gesetzes:

- ein genügendes Wohnungsangebot sichern
- Mietwohnraum für die Bedürfnisse insbes. des überwiegenden Teils der Bevölkerung sichern
- soziale Spannungen abbauen helfen

#### > Verhältnis neues Mietwohnschutzgesetz zu bestehendem Abbruchgesetz:

- bestehendes Abbruchgesetz soll ersetzt werden durch neues Mietwohnschutzgesetz
- die Anliegen des Abbruchgesetzes werden aufgenommen, gestärkt und erweitert
- eidg. Mieterschutzgesetzgebung wird durch kant. Wohnschutzgesetzgebung ergänzt

#### > Neue Elemente und Argumente:

- Bewilligungspflicht für Abbrüche und Umbauten wird erweitert auf Renovationen/Sanierungen
- Bewilligungspflicht für Zweckentfremdungen von Büro-/Geschäftsräumen wird erweitert auf Veräusserung zu Stockwerkeigentum
- Erteilung der Bewilligung wird vereinfacht und erfolgt durch eine kompetente Behörde
- Mietparteien können gesetzlich verbrieft Einfluss nehmen
- Rekursverfahren werden durch kompetente Rekursbehörde geleitet
- ökologische Renovationen/Sanierungen werden mit Förderbeiträgen versehen

#### > Rechtlicher Hintergrund:

- es gibt zu wenig angemessene, preisgünstige/besonders preisgünstige Mietwohnungen
- es gibt zu viele überteuerte Mietwohnungen
- bundesgerichtlich zugestandener kantonaler Spielraum bleibt nicht länger ungenutzt
- Leerwohnungsstatistiken werden besser
- Mietpreistraster bleibt nicht länger unzulänglich
- alle wesentlichen Elemente sind bundesgerichtlich bereits überprüft und für gut befunden.